

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 07.05. – 11.05.2012



Inhalt

1. Umstrittenes Fracking
2. Anti-Piraterie-Einsatz Atalanta
3. Fiskalpakt und Eurorettungsschirm
4. Kitaplätze statt Betreuungsgeld
5. Potentiale des Alters stärken
6. Keine Eishockey-Weltmeisterschaft in Belarus 2014
7. Anhörungen in der Sitzungswoche



Fracking - Umstrittene Methode der Schiefergas-Förderung

Nachdem sich die schwarz-gelbe Regierung jahrelang nicht zum Thema Fracking geäußert hat, entdecken Umweltminister Röttgen und Wirtschaftsminister Rösler genau eine Woche vor der Landtagswahl in NRW das **Thema der unkonventionellen Gasförderung**. Leider haben ihre Worthülsen wenig Substanz, daher haben wir zu unserem Antrag 17/7612 ([für Antrag hier klicken](#)) namentliche Abstimmung beantragt. **Wir fordern wegen möglicher Risiken für das Trinkwasser eine bundesweite Regelung für die Gasförderung aus tiefen Gesteinsschichten.**

Die Fördertechnik ist hoch umstritten, da neben Wasser und Sand auch Chemikalien in den Boden gepresst werden, die zum Teil giftige Substanzen enthalten. Das Umweltbundesamt sieht erhebliche Gefahren für das Grundwasser, weil einige der eingesetzten Stoffe krebserregend sein könnten. Die Menschen vor Ort, auch bei uns in Nordhessen, haben daher große Sorgen, denn es wurde bereits ein Aufsuchungsantrag einer kanadischen Firma gestellt. Wir werden sehr genau schauen, wie sich der „Wahlkämpfer“ Röttgen, aber auch unsere heimischen Abgeordneten verhalten. Denn es geht nicht, vor Ort gegen Fracking zu demonstrieren und im Bund entsprechende Gesetze abzulehnen.

Anti-Piraterie-Einsatz Atalanta

Die SPD hat heute den Antrag, das Atalanta-Mandat der Bundeswehr zur Bekämpfung somalischer Piraten auch an Land auszuweiten, abgelehnt.



Im Vorfeld der Abstimmung gab es eine intensive parteiinterne Diskussion, ob man den Antrag auf Mandats-Änderung für die Soldatinnen und Soldaten ablehnen oder sich enthalten sollte. Im Ergebnis lehnte eine knappe Mehrheit der Fraktionsmitglieder den Antrag ab.

Das Ursprungs-Mandat Atalanta wird von uns auch weiterhin gestützt, aber die Ausweitung des Mandats auf Land wird abgelehnt, weil damit unabsehbare Risiken für die Menschen in Somalia und auch für unsere Bundeswehrsoldaten

verbunden sind. Niemand kann vorhersehen, was passiert, wenn der Einsatz zukünftig auch bis zu zwei Kilometern von der Küste entfernt im Landesinneren geführt wird.

Fiskalpakt und Eurorettungsschirm

Die Beschlussfassungen zum Fiskalpakt und dem Eurorettungsschirm (ESM) müssen sorgfältig vorbereitet werden. Daher fand am Montag eine große Expertenanhörung zur Thematik statt und am Dienstag haben wir lange mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, unserem Genossen Martin Schulz, über die Anforderungen an den Pakt für die Zukunft der EU diskutiert.

Während sich bei uns eine Zustimmung zum ESM abzeichnet, gibt es beim Fiskalpakt noch viele offene Fragen. Wir erhöhten daher den Druck auf die Bundesregierung, den Zeitplan für die Beschlussfassung zu ändern, damit die Abgeordneten ausreichend Beratungszeit erhalten. Es geht nicht um irgendein Gesetz, sondern um Regelungen mit weitreichenden Folgen für das Haushaltsrecht des Bundes und der Länder. Eine Zweidrittelmehrheit kann man nicht im Hauruck-Verfahren bis zum 25. Mai herbeiführen.



Offensichtlich hat unser Druck geholfen, denn die Bundesregierung hat angekündigt, den Zeitplan zu ändern. **Alles andere wäre unverantwortlich, auch im Hinblick darauf, dass im Moment niemand weiß, wie die Regierungsbildung in Griechenland ausgeht.**

Wir sind nicht gegen Konsolidierung, aber wir brauchen auch Wachstumsimpulse für Europa. Dank der Wahl von Francois Hollande zum neuen französischen Präsidenten wird unsere Position gestärkt. Gemeinsam wollen wir **den Fiskalpakt um einen Wachstums- und Beschäftigungspakt ergänzen**, der die dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa bekämpfen soll und wir wollen nachhaltige Wirtschaftsprojekte, die Arbeitsplätze schaffen, fördern. Um dies zu finanzieren, benötigen wir unter anderem die Besteuerung

der Finanzmärkte. Die Finanztransaktionssteuer muss endlich kommen und sie würde auch für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Dass diese Gerechtigkeit dringend notwendig ist, zeigen uns die griechischen Parlamentswahlen, wo die radikalen Ränder, aber insbesondere die Rechtsextremen stark geworden sind.

„Wir haben die Dämonen (Rechtsextreme) gebannt – aber nicht abgeschafft.“

Martin Schulz, Präsident des EU-Parlaments

Klar muss in den betroffenen Ländern gespart und die Hausaufgaben müssen gemacht werden, aber die Menschen brauchen auch Licht am Ende des Tunnels. Wir brauchen endlich eine andere Politik, die Aufbruch und Hoffnung schafft. **Wir sind durch die Stärkung von Investitionen, durch die Abwrackprämie, durch die Ausweitung der Kurzarbeit besser durch die Finanzkrise gekommen, als andere Länder. Nur mit Sparen hätten wir keine Stärke gewonnen.**

Bei der Anhörung waren sich alle Experten einig, dass der ESM auch im nationalen Interesse ist. **Es kann Deutschland auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht.** Unsere Wirtschaft lebt zu großen Teilen vom Export. **Im Übrigen hat das Merkelsche Rezept, nur auf Sparen zu setzen, die Risiken nicht verringert, sondern vergrößert.** Deutschland haftet inzwischen für eine Summe von 211 Milliarden Euro. Wo soll das enden? Wenn die Rezessionsspirale nicht durchbrochen wird, können die Kredite auch nicht zurückgezahlt werden.

Kitaplätze statt Betreuungsgeld

Wir haben uns vorgenommen, die Koalition bei diesem Thema zu treiben. Daher haben wir in dieser Woche erneut eine Aktuelle Stunde zu dieser Thematik beantragt. Diesmal glänzte die Nicht-Familienministerin zwar nicht mit Abwesenheit, dafür aber mit einer mehr als dürrtigen Rede. Die zuständige „Ministerin“ hat sich längst als profilose Erfüllungsgehilfin der CSU erwiesen und auch dem letzten Konservativen dürfte mittlerweile klar sein, dass das Betreuungsgeld eine Total-Sackgasse ist, von der man lieber die Finger lassen sollte.



Die Gesellschaft, die Verbände, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Opposition, die eigenen Leute – sie alle haben in den vergangenen Monaten versucht, auf die Ministerin und die Koalition mit guten Argumenten gegen die „Kita-Fernhalteprämie“ einzuwirken. Wir hoffen, dass die Vernunft am Ende doch noch siegt.

Potenziale des Alters stärken

Das **Miteinander der Generationen zu stärken** ist zentrales Anliegen der Sozialdemokratie. Dazu muss auch gehören, dass Ältere in der Gesellschaft integriert sind, da das Engagement und die Teilhabe älterer Menschen in unserer Gesellschaft ein zentraler Anker für den Zusammenhalt ist.

Ein respektvolles Miteinander steigert überdies auch die Lebensqualität von älteren Menschen – das ist erwiesen. Die SPD hat daher einen Antrag eingebracht, in dem wir fordern, dass die generationsübergreifenden Freiwilligendienste aber auch die Infrastruktur für das Engagement Älterer weiter ausgebaut werden sollen. Selbstverständlich darf niemand auf Grund seines oder ihres Alters diskriminiert werden. Ein bundesweiter Pakt für Erwachsenenbildung soll lebenslanges Lernen für jeden möglich machen. Wir nehmen dabei besonders Rücksicht auf die Bedürfnisse von Geringqualifizierten, von Migrantinnen und Migranten sowie sozial Schwächeren. Aber auch auf die Älteren in den ländlichen Regionen muss Rücksicht genommen werden, damit sie nicht von der gesellschaftlichen Teilhabe abgekoppelt werden.



Keine Eishockey-Weltmeisterschaft in Belarus 2014



Gemeinsam mit BÜNDNIS 90/Die Grünen wollen wir erreichen, dass sowohl der Deutsche Eishockey-Bund als auch die Internationale Eishockey-Föderation die Weltmeisterschaften 2014 nicht in Belarus stattfinden lassen. In einem totalitären Regime, das Menschenrechte verachtet, die Todesstrafe anwendet und politische Opposition und Zivilgesellschaft durch Folter und Misshandlungen unterdrückt, sollte ein solches Sportereignis nicht stattfinden. Wir empfehlen: auch bei

sportlichen Großveranstaltungen im Vorfeld genau hinzusehen, damit der Sport nicht missbraucht werden kann, um Menschen verachtende Diktatoren mit Sympathiepunkten auszustatten.

Anhörungen in der Sitzungswoche

Verbände äußern sich kritisch zur Bundeswehrreform

Am Montag führte der Verteidigungsausschuss eine Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Begleitung der Reform der Bundeswehr (Bundeswehrreform-Begleitgesetz) durch. Die Sachverständigen verdeutlichten, dass das Begleitgesetz eine zentrale Rolle für das Gelingen der Bundeswehrreform einnehme, mit der die Truppe auf bis zu 185.000 Soldaten verkleinert werden soll. Sie bemängelten jedoch, dass der Gesetzentwurf nicht genügend Anreize zur Anschlussverwendung für die Soldatinnen und Soldaten biete. Als Ergebnis aus der **Anhörung wird die SPD-Fraktion Änderungsanträge einbringen, um Verbesserungen für unsere Soldatinnen und Soldaten in den weiteren Beratungen zu erreichen.**

Mehr Engagement der Bundesregierung bei Barrierefreiheit erforderlich

Am Mittwoch führte der Ausschusses Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Anhörung „barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen“ durch. Der Antrag der SPD-Fraktion 17/6295 ([für Antrag hier klicken](#)) bekam sowohl im Mobilitätsbereich, wie auch beim Wohnen die Zustimmung aller Expertinnen und Experten.

Beim Thema Barrierefreiheit forderten die Sachverständigen generell ein Umdenken. Barrierefreiheit sei für 10 Prozent der Bevölkerung zwingend erforderlich, aber auch ältere Personen und Familien mit Kindern könnten davon profitieren. „Schimpf und Schande“ erntete die Bundesregierung quer durch die Reihen der Sachverständigen wegen des Auslaufens der Bundesförderung des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“. Angesichts der Tatsache, dass der Bedarf an barrierefreien Wohnungen bis zum Jahr 2025 auf 2,5 Millionen steige, sei dies mehr als kurzsichtig und führe in ein Desaster.

**Uli Gottschalck, Ullrich Meßmer und Dr. Edgar Franke
wünschen**

**Hannelore Kraft und der NRW-SPD viel Erfolg
bei der Landtagswahl am 13 Mai!**

**Wir gratulieren zudem Torsten Albig und wünschen ihm
bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung in
Schleswig-Holstein alles Gute!**

**Unsere besten Wünsche gehen auch an
Francois Hollande und die Genossinnen und Genossen
in Frankreich!**

UNSERE EMPFEHLUNG:

- Die Deutsche Umwelthilfe und die Stiftung „Lebendige Stadt“ rufen Städte und Gemeinden zur Teilnahme am **Wettbewerb „Lebenswerte Stadt“** auf. Aus allen eingereichten kreativen und weitsichtigen Stadtentwicklungsprojekten, die den städtischen Naturraum fördern und dabei die Bevölkerung aktiv miteinbeziehen, werden sechs Gewinner ausgewählt, auf die Preisgelder im Gesamtwert von 30.000 Euro warten. Weitere Infos unter: www.duh.de/lebenswertestadt.html.
Einsendeschluss ist der 02. Juli 2012.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia